



NEWSLETTER 04/2021

# FORUM | MIGRATION



Wiki media images – pixabay.com

## 115 Tage, unversichert


**Trotz Corona wird die deutsche Agrarindustrie in den kommenden Monaten weit über 100.000 Erntehelfer\_innen aus dem Ausland, vor allem Osteuropa, beschäftigen – und zwar am liebsten ohne Sozialversicherung. Für die Saisonarbeiter\_innen heißt das: Keine Kranken- und Arbeitslosenversicherung, keine Rente.**

In corona-freien Jahren helfen in den deutschen Landwirtschaftsbetrieben im Durchschnitt rund 300.000 Saisonkräfte aus. Sie pflücken Erdbeeren, stechen Spargel oder ernten Kartoffeln. Für die ausländischen Helfer\_innen machen die Betriebe sich meist eine Regelung zu Nutze, die eigentlich als Ausnahme für Schüler\_innen und Studierende vorgesehen war. Diese können bis zu 70 Tagen als ‚kurzfristig Beschäftigte‘ auf den Feldern eingesetzt werden, ohne dass Sozialabgaben anfallen. Zuletzt war dies aber fast flächendeckend auch auf die migrantischen Beschäftigten angewandt worden, obwohl die Ernte in Deutschland ihren Lebensunterhalt sichert. Lediglich eine private Krankenversicherung wurde für sie abgeschlossen. 2020 setzte die Agrarindustrie durch, dass die Frist sogar auf 115 Tage ausgeweitet wurde – angeblich, damit das Personal seltener aus-

getauscht werden muss, was das Corona-Infektionsrisiko senke. Das wollen die Landwirte auch 2021 so halten dürfen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) lehnt dies bislang ab.

„Es ist zynisch zu behaupten, eine längere Beschäftigung ohne sozialen Schutz würde zu weniger Infektionen beitragen, weil die Helfer dann seltener getauscht werden müssen: Selbstverständlich können Menschen auch dann länger als 70 Tage bleiben und arbeiten, wenn sie von vornherein sozialversichert sind“, sagt dazu DGB Vorstand Anja Piel. „Erntearbeit ohne Sozialversicherung ist kein Naturgesetz, sondern Teil des Ausbeutungssystems der Arbeitgeber.“ Die Bundesregierung dürfe keinesfalls vor Lobbyisten und Landwirtschaftsverbänden einknicken. Die Helfer\_innen würden oft keiner weiteren Arbeit in ihrem Heimatland nachgehen, was Bedingung für die kurzfristige Beschäftigung wäre.

 Stellungnahme des DGB: <https://bit.ly/3eSiRuU>

 Informationsseite des DGB Projekts Faire Mobilität für ausländische Erntehelfer\_innen auf Deutsch, Rumänisch, Ungarisch, Bosnisch, Polnisch, Bulgarisch: <https://bit.ly/3bXgLbl>

### INHALT 04/2021

115 Tage, unversichert .....	1
„Statistisch erhöhte Mortalität“ .....	2
Geringere politische Beteiligung .....	2
News + Termine .....	3
Rassistischer Sozialstaat – Kommentar von Claudius Voigt, Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender, Münster .....	4



# „Statistisch erhöhte Mortalität“

Anfang März erregte die Bild-Zeitung Aufsehen mit der Aussage „90 Prozent“ der Covid-Intensivpatient\_innen hätten einen Migrationshintergrund und laut dem Direktor des Robert-Koch-Instituts (RKI) lägen „deutlich über 50 Prozent“ Menschen muslimischen Glaubens auf den Intensivstationen. Rechte Nachrichtenportale griffen die Behauptung auf und schrieben etwa von „Muslimen als Superspreader“. Das RKI widersprach: Die Zahlen seien „aus dem Zusammenhang gerissen“, sie hätten sich auf konkrete Berichte von Ärzten dreier Intensivstationen bezogen und spiegelten „nicht die Situation in ganz Deutschland wider.“ Die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) distanzierte sich von den Behauptungen und wies darauf hin, dass in den Krankenhäusern weder „Sprachbarrieren“ noch „Migrationshintergrund“ überhaupt statistisch erfasst würden. „Wir behandeln schwerkranke Menschen – Herkunft interessiert uns nicht“, schrieb DIVI-Präsident Gernot Marx auf Twitter. Die Debatte war offenkundig von der – berechtigten – Sorge getrieben, ein entsprechender Befund könnte zu populistischer Stimmungsmache ausgeschlachtet werden. Doch dass Menschen mit Migrationshintergrund sich womöglich häufiger mit Covid-19 infizieren und zudem häufiger schwere Verläufe haben könnten ist durchaus denkbar – sollte die Gesellschaft sehr wohl interessieren, sagt der Epidemiologe Prof. Hajo Zeeb aus Bremen.

ForumMigration: Herr Zeeb, erleiden Migrant\_innen häufiger schwere Covid19-Verläufe?

Hajo Zeeb: Es gibt zu wenig klare Daten dazu, nur anekdotische Evidenz von einzelnen Kliniken. Weder die Krankenhäuser noch Krankenkassen haben entsprechende Daten. Selten gibt es etwa Infos zum Geburtsland bei Migrant\_innen, aber schon Migrationshintergrund zweiter Generation wäre damit ja

nicht erfasst. Die Daten etwa aus Großbritannien – dort werden Informationen zu sozioökonomischen Variablen wie Beruf oder ethnischer Hintergrund erfasst – geben darauf allerdings klare Hinweise. Dort sind unter ethnischen Minoritäten („Black, Asian and Minority Ethnic – BAME communities“) klar erhöhte Infektionsraten, bis hin zu statistisch erhöhter Mortalität festzustellen.

Warum ist das so?

Soziale Benachteiligungen, leider auch gepaart mit größerer Skepsis gegenüber der Impfung. Beides ist nachteilig für ethnische Minoritäten. Was es in Deutschland gibt sind Daten dazu, dass Hospitalisierung, also schwere Covid-Verläufe, bei Arbeitslosigkeit häufiger auftreten. Arbeitslosigkeit ist ein wichtiger sozioökonomischer Marker. Die sozioökonomischen Lebensbedingungen bestimmen, welche Ressourcen jemand hat, um sich zu schützen. Unter Migrant\_innen gibt es häufiger ungünstige Lebensbedingungen mit Armut, geringeren Einkommen oder schlechten Wohnbedingungen, die eine Ausbreitung des Virus erleichtern.

Haben auch die Beschäftigungsformen einen Einfluss?

Eindeutig. Migrant\_innen sind häufig in Branchen wie Transport, Logistik, Lebensmittelindustrie oder Schlachthöfen beschäftigt. Dort liegt erstens das Einkommen niedriger und zweitens tragen die Arbeitsbedingungen oft zu einem erhöhten Infektionsrisiko bei.

Es gab viele Untersuchungen über „kulturelle Hürden“ in der Gesundheitsversorgung, weshalb Migrant\_innen seltener zum Arzt gehen, deshalb Krankheiten teils unbehandelt bleiben und sich die Anfälligkeit für weitere Erkrankungen erhöht. Spielt das auch im Kontext von Covid eine Rolle?

Es gibt solche Untersuchungen, wonach die Teilnahme an Arztbesuchen und Prävention insgesamt niedriger ist. Sie liegt aber in Deutschland immer noch auf sehr hohem Versorgungsniveau. Ein anderer Punkt sind ältere Menschen. Eigentlich müsste dieser Faktor

Migrant\_innen schützen, weil diese im Schnitt jünger sind. Wenn sie trotzdem öfter und schwerer erkranken, müssen die anderen Faktoren einen umso stärkeren Effekt haben. Auch die Informationslage wird hier zum Infektionsgeschehen beigetragen haben. Bis Informationsmaterial in anderen Sprachen als Deutsch verfügbar war, hat es etwas gedauert, etwa bei der Corona-Warn-App, um nur ein Beispiel zu nennen. Dann ist aber noch die Frage, ob die Informationen in gleichem Maße Familien mit Migrationshintergrund erreichen wie sie andere erreichen.

Wenn es diese Faktoren gibt, war es dann klug, die Debatte über mehr migrantische Covid-Intensivpatienten mit normativen Aussagen wie „Herkunft darf bei der Behandlung keine Rolle spielen“ zu blockieren, um keine populistische Stimmungsmache zu begünstigen?

Tatsächlich gab es offenbar die Befürchtung, es könnte eine populistische Diskussion entstehen, das kann ja auch leicht passieren. Aber aus Public Health-Sicht ist es wichtig zu schauen, welche Probleme es gibt, die man minimieren will. Da waren hier zwei etwas gegeneinander laufende Intentionen. Man bräuchte da eine vernünftige Diskussion, vor allem auch mit den Migrant\_innen, das müsste aber alles weit vorher ansetzen, nicht an der Intensivstation, sondern in der Prävention.

Prof. Hajo Zeeb lehrt an der Universität Bremen und leitet die Abteilung Prävention und Evaluation am Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie in Bremen. Bei der Weltgesundheitsorganisation arbeitete er in der Abteilung Public Health and Environment.

RTL-Beitrag zum Thema mit Daniel Weber vom DGB Bildungswerk: <https://bit.ly/3IsZji1>

„Faktencheck“ des Recherche-Portals Correctiv: <https://bit.ly/3s00w0X>

Stellungnahme DIVI: <https://bit.ly/3r1m7qe>

## Geringere politische Beteiligung

Deutsche mit Migrationshintergrund sind weniger politisch aktiv und beteiligen sich seltener an Bundestagswahlen als andere Wahlberechtigte.

### Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2017

Erwachsene ohne Migrationshintergrund	85,8 Prozent
Wahlberechtigte mit ausländischen Wurzeln	65,0 Prozent
Nachkommen von Zuwander_innen	66,2 Prozent
Selbst zugewandert	64,6 Prozent
Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund aus anderen EU-Staaten	77,4 Prozent
Wahlberechtigte Aussiedler_innen	68,0 Prozent
Wahlberechtigte mit Wurzeln in der Türkei	56,4 Prozent
Wahlberechtigte aus anderen Drittstaaten	51,9 Prozent

Quellen: Sachverständigenrat Migration „Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie?“

Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland“, Dezember 2020



## News + Termine

### Rechtsextremismus:

#### Über 1.600 Übergriffe auf Flüchtlinge

2020 haben Rechtsextreme mindestens 1.600 mal Geflüchtete angegriffen. Das antwortete das Bundesinnenministerium auf eine Parlamentarische Anfrage der Linken im Bundestag. Die Fragestellerin Ulla Jelpke rechnet damit, dass erfahrungsgemäß noch mit „deutlich über 100 Nachmeldungen zu rechnen“ sei. 2019 waren 1.621 Angriffe verzeichnet worden. Angriffe auf Flüchtlingsheime registrierten die Behörden 84 – im Vorjahr waren es 128. Es gehe hierbei ausschließlich um Angriffe, die von den Sicherheitsbehörden als rechtsextrem eingestuft wurden, sagte Jelpke. „Das bedeutet: Statistisch gesehen greifen Neonazis jeden Tag vier- bis fünfmal Flüchtlinge an.“ Zum Ausmaß anderer Übergriffe liegen keine Angaben vor. „Diese Zahlen zeigen überdeutlich, wie erschreckend verfestigt die rechtsextreme Gewalt in Deutschland ist. Dass sie potenziell tödlich ist, daran hat uns bereits der Jahrestag des Terroranschlags von Hanau gemahnt“, so Jelpke weiter.

<https://bit.ly/2Ny6l3c>

#### Bündnis „Medien für Vielfalt“ gegründet

Auf Initiative der Bremischen Landesmedienanstalt haben ARD, ZDF, Deutsche Welle, Deutschlandradio, Mediengruppe RTL Deutschland und ProSiebenSat.1 Media SE das neue Bündnis „Medien für Vielfalt“ gegründet. Die Schirmherrschaft hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Annette Widmann-Mauz übernommen. Vielfalt sei „ein wichtiges Element einer offenen Gesellschaft“ heißt es in einer Erklärung des Bündnisses. Die Medienhäuser wollen sich künftig austauschen, „um Diversität nach innen und nach außen zu fördern“ und anhand von Erfahrungen voneinander zu lernen.

<https://bit.ly/3cNYzAf>

#### 5 Jahre „EU-Türkei-Deal“:

#### medico international veröffentlicht Studie

#### „Der Moria-Komplex“

Die EU trägt die politische Verantwortung für das Leid der Flüchtlinge auf Lesbos: Anlässlich des fünfjährigen Bestehens des EU-Türkei-Deals hat die Frankfurter Hilfs- und Menschenrechtsorganisation ‚medico international‘ eine Studie veröffentlicht, die der Jurist und Politikwissenschaftler Maximilian Pichl angefertigt hat. Am Beispiel der griechischen Insel belegt er, dass die katastrophale Situation in den Flüchtlingslagern eine direkte Folge der europäischen Migrationspolitik ist.

<https://bit.ly/3bUp8EC>

#### Corona: „Remittances“ in Entwicklungsländern gehen so stark zurück wie nie zuvor

Menschen in armen Ländern sind vielfach auf Zahlungen von Verwandten im Ausland angewiesen – in vielen Ländern sind diese Geldflüsse höher, als die Entwicklungshilfe. Wegen der Corona-Pandemie aber können Arbeitsmigrant\_innen weniger Geld in ihre Heimat

schicken. Das berichtet der Evangelische Pressedienst. „Das kann zu harten Einbußen in ärmeren Ländern führen“, sagt Felix Braunsdorf, Referent für Migration und Entwicklung bei der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung dem EPD. 2020 sind die Remittances genannten Rücküberweisungen so stark gesunken wie nie zuvor, schätzt die Weltbank. Arbeitsmigrant\_innen hätten 508 Milliarden US-Dollar (427 Milliarden Euro) in Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen überwiesen, ein Rückgang um 7,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In diesem Jahr könnten die Rücküberweisungen laut Weltbank-Prognose um weitere 7,5 Prozent sinken. Grund seien vor allem die Grenzschließungen und die pandemiebedingte Wirtschaftskrise, unter der die weltweit mehr als 270 Millionen Migranten besonders leiden. So mussten sie laut Weltbank in vielen Ländern höhere Einkommenseinbußen hinnehmen als einheimische Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Und sie wurden oft von staatlichen Hilfsleistungen ausgeschlossen. „Migranten, die im informellen Sektor arbeiten, trifft die Krise am härtesten“, sagt Braunsdorf.

#### Berlin: Enquete-Kommission zu strukturellem Rassismus gefordert

Katarina Niewiedzial, die Beauftragte für Integration und Migration des Berliner Senats hat zusammen mit dem Arbeitskreis Sinti und Roma und weiteren Verbänden die Einsetzung einer Enquete-Kommission zu strukturellem Rassismus im Land Berlin gefordert. „Es steht Dir nicht zu, Du bist es nicht wert, Du schaffst es eh nicht – das sind Botschaften, mit denen Menschen mit Migrationsgeschichte häufig konfrontiert werden“, sagte Niewiedzial. „Wir müssen solche Ausschlusspraktiken beim Namen nennen und endlich anerkennen, dass strukturelle Diskriminierung real existiert.“ Während der Internationalen Woche gegen Rassismus Ende März wurde die Resolution dem Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses übergeben.

<https://bit.ly/2Q6Y9gv>

#### Sachsen-Anhalt: Podcasts zum Thema Themen im Bereich Migration und Arbeitsmarkt

Das Zentrum für Migration und Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt hat neue Podcasts zu den Themen Migration und Arbeitsmarkt veröffentlicht. Dabei geht es unter anderem darum, wie Potenziale entfaltet werden können, welche aufenthaltsrechtlichen Grundlagen es beim Arbeitsmarktzugang von Migrant\_innen gibt, was das beschleunigte Verfahren im Fachkräfteeinwanderungsgesetz ist und was sich hinter der „guten Bleibeperspektive“ verbirgt.

<https://bit.ly/3sbQk7l>

#### Italien: Staatsanwaltschaft erhebt doch Klage gegen deutsche Seenotretter\_innen

Die Staatsanwaltschaft der sizilianischen Hafenstadt Trapani hat Anklage gegen insgesamt 21 Seenotretter\_innen erhoben. Die Ermittlungen gegen Mitglieder der Berliner Hilfsorganisation „Jugend Rettet“ sowie gegen

„Save the Children“ und „Ärzte ohne Grenzen“ seien Medienberichten zufolge nach vier Jahren abgeschlossen. Im Fall einer Verurteilung drohen Höchststrafen von bis zu zwanzig Jahren Gefängnis. Die Retter\_innen sollen sich bei Einsätzen 2016 und 2017 über Lichtzeichen mit Schleusern verständigt und ihnen Rettungswesten ausgehändigt haben. „Jugend Rettet“ nannte die Anklage eine „politische Kampfansage mit der Absicht, Solidarität zu kriminalisieren“. Derartige Versuche, Seenotretter mit juristischen Mitteln zu blockieren, hätten tödliche Konsequenzen: Sie hätten den Tod von Menschen zufolge, die gerettet werden könnten.

<https://iuventa10.org>

#### UK will „lebenslang“ für Schleuser

Die britische Regierung will Schleuser, die andere illegal ins Land bringen, in Zukunft mit lebenslanger Haft bestrafen können. Derzeit liegt die Höchststrafe bei 14 Jahren. „Während kriminelle Banden weiterhin Leben aufs Spiel setzen, ziehen wir jede Option in Erwägung, um die Ausbeutung von Menschen zu stoppen“, sagte ein Sprecher des Innenministeriums der „Times“.

#### Neue Publikation: Referent\_innenhandreichung Anerkennung: Service – Transport – Logistik

Service, Transport und Logistik sind Wirtschaftsbereiche mit verschwimmenden Grenzen, die von migrantischer Arbeit und von Quereinsteigern leben. Bildungs- und Beratungsarbeit steht in diesen Bereichen oft vor besonderen Herausforderungen. Das DGB Bildungswerk hat eine 64-seitige Handreichung für Aktive in der Bildungsarbeit erstellt – ob im Migrationsausschuss vor Ort, im Kreis der betrieblichen Vertrauensleute oder in der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Bildungs- und Beratungsarbeit der Gewerkschaften und ihrer Träger\_innen.

Download: <https://bit.ly/38T6wDb>

### Termine

#### Basisseminar: Arbeitsrecht zur Unterstützung von mobilen (grenzübergreifenden) Arbeitnehmer\_innen für Berater\_innen von mobilen Beschäftigten

06. bis 08. Oktober 2021 (Berlin)

#### Aufbauseminar: Arbeitsrecht für mobile Beschäftigte für Berater\_innen von mobilen Beschäftigten

09. bis 10. November 2021 (Berlin)

#### Online-Seminar: Soziale Rechte für EU-Bürger\_innen für Berater\_innen von mobilen Beschäftigten

16. November 2021

Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<https://bit.ly/3kuUVyy>





# Rassistischer Sozialstaat

Foto: Claudius Voigt: © privat



## **Kommentar von Claudius Voigt, Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender, Münster**

Das bundesdeutsche Sozialrecht hat ein Rassismusproblem: Das Gesetz ist durchzogen von systematischen Leistungsausschlüssen für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Die staatliche Pflicht zur Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums scheint demnach in vielen Fällen für nicht-deutsche Staatsangehörige außer Kraft gesetzt – oder nur unter der Bedingung zu gelten, dass sie wirtschaftlich verwertbar sind.

Diese gesetzlich normierte rassistische und klassistische Diskriminierung führt zum Ausschluss einer ganzen Bevölkerungsgruppe von den sozialstaatlichen Schutzmechanismen und hat Verelendung, Ausbeutbarkeit und Prekarisierung zur Folge. So wird eine neue migrantische Unterklasse geschaffen. Bundesregierung und Gesetzgeberin haben dafür seit Jahren durch eine systematische Verzahnung von Sozial- und Aufenthaltsrecht die gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Diese Form von gezielter sozialer Entrechtung ist eines modernen sozialen Rechtsstaats unwürdig und gehört abgeschafft.

So haben EU-Bürger\_innen oft keinen Anspruch auf Leistungen auf Hartz IV, wenn sie schon länger arbeitslos sind oder noch nicht gearbeitet haben. Diese Leistungsausschlüsse sind auf Betreiben der damaligen sozialdemokratischen Arbeitsministerin Andrea Nahles zuletzt im Jahr 2016 stark ausgeweitet worden. Ebenfalls auf Initiative eines Sozialdemokraten, Finanzminister Olaf Scholz, sind 2019 für viele EU-Bürger\_innen die Ansprüche auf Kindergeld gestrichen worden. Und wenn sie doch Sozialhilfe oder Kindergeld beantragen, muss die Ausländerbehörde informiert werden – mit dem Ziel, ihnen dann das Aufenthaltsrecht zu entziehen.

Dasselbe gilt für Arbeitnehmer\_innen aus Nicht-EU-Staaten: Wenn sie die Arbeit verlieren oder Leistungen beantragen, müssen Arbeitgeber\_innen und Sozial-

behörden unmittelbar das Ausländeramt informieren. Diese Denunziationspflichten sind im Jahr 2020 eingeführt worden. Die Leistungsausschlüsse, die für EU-Bürger\_innen schon seit einigen Jahren in Kraft sind, dienen mittlerweile als Blaupause für andere Migrant\_innen: Seit 2019 sind auch Geflüchtete in bestimmten Fällen vollständig von Leistungen ausgeschlossen, wenn sie in einem anderen EU-Staat über ein Aufenthaltsrecht verfügen. Viele andere Menschen mit Fluchthintergrund unterliegen einem kaum noch zu durchdringenden Sanktionssystem, das Kürzungen um rund 50 Prozent vorsieht. Ende März hat die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege die Ergebnisse einer Befragung veröffentlicht: Fast 400 Beratungsstellen aus allen Bundesländern haben darin über ihre Erfahrungen zum Umgang von Jobcentern und Familienkassen mit EU-Bürger\_innen berichtet. Die Ergebnisse sind erschreckend: Jobcenter verweigern die Möglichkeit zur Antragstellung, indem sie die Betroffenen gar nicht erst in das Jobcenter einlassen oder aufgrund fehlender Sprachkenntnisse die Entgegennahme von Anträgen ablehnen. Gerade bei Personen im Niedriglohnbereich lehnen die Behörden ergänzende SGB-II-Leistungen ab. Nach einem unfreiwilligen Verlust der Arbeit, während des Mutterschutzes oder der Elternzeit werden die Leistungen in vielen Fällen eingestellt; begonnene Sprachkurse können nicht fortgeführt werden oder es droht Wohnungslosigkeit. Stark betroffen von rechtswidrigen Leistungsablehnungen sind Familien mit Kindern, in denen die Eltern unverheiratet zusammenleben.

Bei erwerbstätigen EU-Bürger\_innen werden immer häufiger ergänzende Leistungen abgelehnt – vor allem, wenn sie in prekären, schlecht bezahlten Jobs arbeiten. Grund dafür ist eine unveröffentlichte Arbeitshilfe der Bundesagentur für Arbeit mit dem Titel „Bekämpfung von bandenmäßigem Leistungsmissbrauch im spezifischen Zusammenhang mit der EU-Freizügigkeit“. Darin fordert die Behörde die Jobcenter-Mitarbeiter\_innen auf, bei EU-Bürger\_innen besonders streng zu prüfen, ob wirklich eine Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. Wenn Gehälter in bar ausgezahlt werden, der Arbeitgeber die Sozialabgaben

nicht ordnungsgemäß abführt oder kein schriftlicher Arbeitsvertrag vorliegt, soll das Jobcenter im Zweifelsfall die Leistungen ablehnen, da im Rahmen eines Generalverdachts unterstellt wird, dass die Tätigkeit nur zum Schein ausgeübt werde. In einer früheren Fassung dieser Arbeitshilfe hat die Bundesagentur für Arbeit ungeschminkt auf den Punkt gebracht, auf welche Gruppen dies gemünzt ist: „Hier sind insbesondere rumänische und bulgarische Staatsangehörige zu nennen. Häufig gehören diese in ihrem Heimatland türkischsprachigen Minderheiten an. In Einzelfällen sind auch Italiener, Griechen, Polen und aus Marokko stammende Spanier bekannt geworden“, so die damalige Formulierung. Ist das Rassismus? Ja klar! Gepaart mit einer großen Portion Nützlichkeitsideologie.

Die Verzahnung von Aufenthalts- und Sozialrecht, die Leistungsausschlüsse für nicht-deutsche Staatsangehörige führt zu einem effizienten System der Disziplinierung und sozialen Exklusion von Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Die Nützlichkeitsideologie schlägt hier mit voller Brutalität durch. Ein modernes Einwanderungsland indes lässt sich nur realisieren, wenn der Nationalvorbehalt Sozialleistungsansprüche konsequent aufgegeben und der sozialstaatliche Schutz vom aufenthaltsrechtlichen Status und der Staatsangehörigkeit entkoppelt wird. Soziale Rechte dürfen nicht vom Aufenthaltsstatus oder der Staatsangehörigkeit abhängig sein.

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Franz-Rennefeld-Weg 5  
40472 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

